



Samtgemeinde Fintel
Samtgemeindebürgermeister

-10 24 34-

13. Ratsperiode 2021-2026
Lauenbrück, den 03.02.2023

Niederschrift über die 5. Sitzung **des Bau- und Planungsausschusses am 02.02.2023 im Ratssaal, Berliner Straße 3, 27389 Lauenbrück.**

Beginn: 19:01 Uhr

Ende: 21:11 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Volker Dreyer

Samtgemeindebürgermeister

Herr Sven Maier

Ratsmitglieder

Herr Claus Aselmann (für Frau Ines Kleuter)

Herr Steffen Florin

Herr Wolfram Heinrich

Herr Werner Kahlke

Herr Helmut Oetjen

Herr Michael Sablotzke

Herr Hans-Jürgen Schnellrieder

Beratende Mitglieder

Frau Tanja Bladauski

Herr Tim Pyka

Herr Volker Witt

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marina Schabbel

Von der Verwaltung

Herr Volker Behrens

Herr Stefan Raatz

Protokollführerin

Frau Svetlana Claassen

Gäste:

Herr Alexander Tarnaske (Planungsbüro WKC Hamburg GmbH)

Herr Dipl. Ing. Jörn Liebetrau (Ingenieurbüro Niederelbe)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 09.11.2022**
- 3 **Einwohnerfragestunde**
- 4 **Sanierung der Bahnbrücke Riepe
(Vorstellung des weiteren Planungsablaufs, Festlegung der Fahrbahnbreite und der Gestaltung der Kappen sowie des Berührungsschutzes)
Vorlage: 003/2023**
- 5 **Endausbau der Habichtallee in 2023 – Vorstellung der Planungen
Vorlage: 004/2023**
- 6 **50. Änderung des Flächennutzungsplanes
(Gewerbeflächen in Fintel - Krähenberg III)
a) Anregungen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und der Behördenbeteiligung
b) Erneuerte Behördenbeteiligung und öffentliche Auslegung
Vorlage: 005/2023**
- 7 **52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Gewerbeflächen Genossenschaftsmühle Fintel"
Vorlage: 006/2023**
- 8 **Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**
- 9 **Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**
- 10 **Einwohnerfragestunde**

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Dreyer eröffnet die Sitzung um 19:01 Uhr, er begrüßt die Anwesenden, die Vertreterin der Presse sowie die Gäste Herrn Tarnaske vom Planungsbüro WKC Hamburg GmbH und Herrn Liebetrau vom Ingenieurbüro Niederelbe. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 09.11.2022

Die Niederschrift über die Sitzung am 09.11.2022 wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen der zahlreich anwesenden Einwohner gestellt.

TOP 4: Sanierung der Bahnbrücke Riepe (Vorstellung des weiteren Planungsablaufs, Festlegung der Fahrbahnbreite und der Gestaltung der Kappen sowie des Berührungsschutzes) Vorlage: 003/2023

VfA Behrens erklärt, dass bei einer turnusmäßigen Prüfung erheblicher Sanierungsbedarf der Bahnbrücke festgestellt wurde.

Herr Tarnaske vom beauftragten Planungsbüro WKC Hamburg GmbH stellt im weiteren Verlauf der Sitzung anhand einiger Zeichnungen die geplante Sanierung vor, die aufgrund der Verkehrssicherungspflicht vorgenommen werden müssten. Die Kappen der Brücke seien abgängig und es bestehe die Gefahr, dass diese auf die Gleise fallen. Die abgängigen horizontalen Kappen (Berührungsschutz zur Stromleitung) müssten erneuert werden, genauso wie die Elastomerlager. Des Weiteren müssten einige leichte Betonschäden ausgebessert werden.

Es handele sich bei diesem Bereich um einen mit Priorität A bewerteten Streckenabschnitt der Deutschen Bahn mit hoher Dichte an Zug- und Schnellzugverkehr.

Ausschussmitglied Oetjen erkundigt sich, ob die Sanierung der Kappen und der Lager in zwei separaten Baumaßnahmen erledigt werden könnten.

Herr Tarnaske erklärt, dass die Kappen definitiv erneuert werden müssen. Wenn die Reparatur der Lager vernachlässigt werde, könne in diesem Bereich allerdings mit Folgeschäden gerechnet werden. Die Frage von Ausschussmitglied Heinrich, ob Geld eingespart werden könne, sollten beide Sanierungsmaßnahmen gleichzeitig ausgeführt werden kann Herr Tarnaske eindeutig positiv beantworten. Da bei diesem Bauvorhaben eng mit der Deutschen Bahn zusammengearbeitet werden müsse,

könnten Synergien gebündelt werden. Bspw. seien für beide Sanierungsmaßnahmen bestimmte Maschinen wie z.B. ein Brückenuntersichtgerät nötig. Dieses müsse dann nicht zwei- sondern nur einmal an die Baustelle gebracht werden.

Herr Tarnaske erläutert weiterhin, dass bereits Gespräche mit Sachverständigen und dem Betriebskoordinator der Deutschen Bahn stattgefunden haben.

Eventuelle Gleissperrungen sollten auf das Notwendigste reduziert werden. Die von der DB vorgegebenen Zeitfenster seien einzuhalten. Dabei handele es sich überwiegend um Zeiträume von ca. 4 Stunden in der Nacht und an den Wochenenden. Aufgrund von Wartezeiten zur „Freischaltung“ der Oberleitung läge die tatsächlich zur Verfügung stehende Arbeitszeit eher bei 3,5 Stunden. Die Vorlaufzeit der DB für diese Baumaßnahme liege aktuell bei 33 Wochen. Würden die Planungen in diesem Jahr zu Ende gebracht werden, könne die Sanierungsmaßnahme im kommenden Jahr 2024 erfolgen. Für die gesamte Durchführung der Baumaßnahme veranschlage er ca. 30 bis 35 Wochen. Die Kosten lägen aktuell bei ca. 470.000 Euro brutto.

Ausschussmitglied Oetjen erkundigt sich, ob durch Lasteinschränkung die Lebensdauer der Brücke verlängert werden könne und/ oder ob es Alternativen zu der kostspieligen Sanierung gebe, bspw. durch Sicherungsmaßnahmen wie Netze oder ähnliches.

Herr Tarnaske erklärt, dass dies geprüft werden müsse. Er wiederholt allerdings eindringlich das Risiko abgängiger Kappenteile. Weiterhin sei nicht absehbar wie lange eventuell einzurichtende Sicherungsmaßnahmen halten würden.

Weiterhin betont Herr Tarnaske, dass die präsentierte Sanierungsmaßnahme eine Verringerung der Fahrbahnbreite von aktuell 5,0 m auf 3,80 m bedeute. Diese Verringerung resultiere aus der heute üblichen Variante und Verbauung der Kappen (vertikaler Berührungsschutz). Während der Baumaßnahmen müsse die Brücke zudem komplett gesperrt werden.

VfA Behrens fügt hinzu, dass es bereits einen Termin mit der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei gegeben habe, bei dem eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h festgelegt wurde. Mit der Reduzierung der Geschwindigkeit sind geringere Abstände zwischen dem Schrammbord und Geländer auf der Brücke möglich, was eine Kostenreduzierung bewirkt. Vor einiger Zeit sei auch bereits die Option des Rückbaus der Brücke kalkuliert worden, dieser sei genauso kostenintensiv wie die Sanierung. Die zukünftige Einsicht im Bereich der Kurven werde durch das Einsetzen von Plexiglas gewährleistet. Im weiteren Verlauf der Sitzung diskutieren die Ausschussmitglieder die Vor- und Nachteile verschiedener zu verbauender Materialien im Sichtbereich der Kurven.

Ausschussvorsitzender Dreyer öffnet die Sitzung um 19:31 Uhr.

Ein Anlieger erklärt, dass er die Weiternutzung der Brücke nicht in Frage gestellt wissen möchte. Für ihn würde eine Aufhebung der Bahnkreuzung einen Umweg von ca. 12 km pro Strecke bedeuten. Der Bau der Brücke habe ursprünglich zum Wegfall von drei Bahnübergängen beigetragen. Ebenso sehe er den Erhalt der aktuellen Fahrbahnbreite als essentiell an. In der Erntezeit erlebe er häufig, dass es zu Problemen komme, wenn sich größere landwirtschaftliche Fahrzeuge und PKW auf der Brücke begegnen würden. Er regt an, einen Teil der Kosten von der Deutschen Bahn begleichen zu lassen, da diese die Bauvorschriften diesbezüglich geändert habe.

Ausschussvorsitzender Dreyer schließt die Sitzung für die Öffentlichkeit um 19:34 Uhr.

Ausschussmitglied Sablotzke erklärt, dass in weiterer Zukunft die Errichtung eines vierten Gleises durch die Deutsche Bahn angestrebt werde. Es könne durchaus sein, dass die Samtgemeinde die Brücke für viel Geld saniere und diese dann abgerissen werde. Herr Tarnaske verweist hierzu auf den damaligen Bau des dritten Gleises. Seinerzeit wurde die Böschung zurückgebaut, dies könnte auch beim vierten Gleis funktionieren.

SGB Maier interveniert, dass die Samtgemeinde in der Pflicht ist für die Verkehrssicherheit zu sorgen.

SGB Maier erklärt, dass es sich in der heutigen Sitzung um eine Mitteilungsvorlage handele, nichtsdestotrotz benötige die Verwaltung ein Stimmungsbild der Politik um weiter planen zu können.

Ausschussmitglied Oetjen hätte in naher Zukunft gerne Informationen über mögliche Sicherungsmaßnahmen. Ausschussmitglied Schnellrieder fügt hinzu, dass die Politik sich lediglich für den Erhalt der Brücke aussprechen könne. Ihn interessiere weiterhin die Zeitspanne, wie lange die Sanierungsmaßnahme eventuell aufgeschoben werden könne.

SGB Maier fasst zusammen, dass die Verwaltung und Herr Tarnaske die Planung der Sanierung weiter voranbringen. Den Ausschussmitgliedern sollen weitere Informationen zu alternativen Sanierungsmaßnahmen übersandt werden.

| |
|--|
| TOP 5: Endausbau der Habichtallee in 2023 – Vorstellung der Planungen Vorlage: 004/2023 |
|--|

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt an Herrn Liebetrau vom Ingenieurbüro Niederelbe.

Dieser erklärt anhand einiger Zeichnungen den geplanten Endausbau Habichtallee im Jahr 2023.

Die vorhandene (Asphalt-) Baustraße wurde im Zuge der Erschließungsarbeiten im Jahr 2001 hergestellt. Geplant seien in dem ca. 500m langen Abschnitt diverse Parkplätze und Baumanpflanzungen. Die momentan vorhandene Asphaltdeckungsfläche werde beim Endausbau abgefräst und der Untergrund neu aufgebaut. Die Weiternutzung der Baustraße kommt aufgrund unterschiedlicher Höhen und aufgrund von Gewährleistungsfragen nicht in Betracht. Es ist geplant die Baumaßnahmen im März digital auszuschreiben.

Die Ausführung werde unter Vollsperrung in 100m- Abschnitten stattfinden, um die Behinderungen für die Anlieger möglichst gering zu halten. Die Bauphase sei für Mai bis Oktober geplant. Die aktuelle Kostenschätzung liege bei ca. 400.000 Euro brutto. Herr Liebetrau führt weiterhin aus, dass in der ursprünglichen Zeichnung ein Abschnitt in Richtung Fintauschule nicht durchgeplant wurde. In diesem Bereich werde der Gehweg um ca. 20 m barrierefrei verlängert und an die bereits vorhandene Straße heranführen.

Ausschussmitglied Aselmann erkundigt sich, ob im Bereich der Überquerung ein Zebrastreifen eingeplant werde. Herr Liebetrau erwidert, dass er aktuell nicht einschätzen könne, ob dieser dort angemessen sei, an der Straße an sich seien bisher keine Änderungen geplant.

Ausschussvorsitzender Dreyer öffnet die Sitzung um 20:08 Uhr.

Ein Zuschauer erklärt, dass er die angestrebte Planung nicht schlüssig finde. Der Gehweg verlaufe so über das Gelände der Schule. Des Weiteren sei dort ein Tor montiert, welches auch geschlossen werden könne. Die Anzahl der Fahrradfahrer nehme weiter zu und daher erscheine ein Ausbau zum Fahrradweg in Richtung Vahlde logischer. Weiterhin erkundigt er sich, ob es bei nur einem Kreisverkehr bleibe? Er regt an einen weiteren bei der Einmündung Sperrberring zu planen, um den Verkehr zu verlangsamen.

Herr Liebetrau erklärt daraufhin, dass es sich nicht um einen Kreislauf handle, sondern um eine kreisrunde Kreuzung. Im Bereich Sperrberring würde hierfür nicht ausreichend Platz zur Verfügung stehen. Bezüglich der Verlängerung des Fußweges führt er aus, dass dieser für Radfahrer nicht vorgesehen sei. Diese müssten, wie jetzt auch, die Straße nutzen.

Ausschussvorsitzender Dreyer schließt die Sitzung für die Öffentlichkeit um 20:14 Uhr.

Ausschussmitglied Schnellrieder weist vehement daraufhin, dass alles getan werden müsse um die Schulwegsicherheit zu gewährleisten.

Herr Liebetrau erklärt in diesem Zusammenhang auch den Nutzen von taktilen Elementen, die beispielsweise auch Sehbehinderten die Orientierung erleichtere.

Weiterhin interessiert Ausschussmitglied Schnellrieder ein Preisvergleich der ursprünglichen Kalkulation im Vergleich zur aktuellen, um für zukünftige Projekte besser planen zu können. Herr Liebetrau erläutert, dass die ursprüngliche Kostenschätzung aus dem Jahr 2001 nicht mehr vorhanden sei. Die Kostenplanung aus dem Jahr 2018 sei höher als die aktuelle gewesen. Momentan würden die Preise im Bereich Tiefbau sinken, die aktuell submittierten Ausschreibungen ergeben gute Preise für die Auftraggeber.

Ausschussmitglied Heinrich regt an die Möglichkeit einen Zebrastreifen an der Überquerung anzusiedeln zu prüfen. Sollte dies nicht möglich sein, sollten Alternativen aufgezeigt werden.

FD- Leiter Raatz fasst zusammen, dass die Verwaltung und das Ingenieurbüro Niederelbe nun nach Kenntnisnahme weiter in der Planung voranschreiten würden.

| |
|---|
| TOP 6: 50. Änderung des Flächennutzungsplanes (Gewerbeflächen in Fintel - Krähenberg III) a) Anregungen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und der Behördenbeteiligung b) Erneuerte Behördenbeteiligung und öffentliche Auslegung Vorlage: 005/2023 |
|---|

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für diesen Tagesordnungspunkt an FD- Leiter Raatz. Dieser erklärt, dass alle eingegangenen Stellungnahmen auch als Anhang zur Vorlage veröffentlicht wurden. Er erklärt kurz die eingegangenen Stellungnahmen. Die meisten würden die spätere Bauleitplanung der Gemeinde Fintel betreffen. Weiterhin betont FD- Leiter Raatz, dass seitens der Bürgerinnen und Bürger keine Stellungnahmen eingegangen seien.

Es gibt keine weiteren Fragen seitens der Ausschussmitglieder, sodass Ausschussvorsitzender Dreyer über die Unterpunkte des Beschlusses getrennt abstimmen lässt.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt einstimmig,

- a) den Entwurf der 50. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die zugehörige Begründung einschließlich Umweltbericht in der vorliegenden Fassung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich auszulegen.

Weiterhin empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss einstimmig,

- b) für die 50. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die zugehörige Begründung einschließlich Umweltbericht die Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

| |
|---|
| TOP 7: 52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Gewerbeflächen Genossenschaftsmühle Fintel" Vorlage: 006/2023 |
|---|

SGB Maier erklärt, dass die Änderung des Flächennutzungsplanes ursprünglich bereits im August vergangenen Jahres beschlossen wurde. Aufgrund von Unstimmigkeiten innerhalb des Gemeinderates in Fintel habe sich die Verwaltung dazu entschieden, diese zurückzustellen bis die Diskussionen zu diesem Thema abgeschlossen seien. Daher sei die Änderung des F- Planes noch einmal auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung zum Beschluss aufgeführt.

Ausschussmitglied Kahlke erklärt, dass ursprünglich nur das Gelände der Genossenschaftsmühle Fintel überplant werden sollte. Erst nach Beschlussfassung habe er erfahren, dass seitens der Verwaltung Zusagen an einen Dritten der Gemeinde Fintel gemacht wurden die Fläche des F- Planes zu vergrößern. Er verbitte sich solche Zusagen. Die Verwaltung müsse Flächennutzungspläne so gestalten, wie die politischen Vertreter entscheiden bzw. vorgeben. Weiterhin habe er sich Unterstützung in Form einer Rechtsberatung gesucht. Er habe nun aber für sich entschieden keine weiteren rechtlichen Schritte einzuleiten. Nichtsdestotrotz könne er diesem Beschluss vor diesem Hintergrund so nicht zustimmen. Er hoffe inständig, dass ein sol-

ches Verhalten zwischen Verwaltungsmitarbeitern und politischen Vertretern nicht noch einmal vorkomme.

Ausschussmitglied und Bürgermeister Aselmann erklärt, dass es zu diesem Thema am vergangenen Montag eine interfraktionelle Sitzung der Gemeinde Fintel gegeben habe. Vorab sei ein „8- Augen- Gespräch“ mit allen involvierten Personen geführt worden. Abschließend habe man sich bei der Sitzung dazu entschieden, den Flächennutzungsplan wie ursprünglich angedacht in der großen Variante zu befürworten.

Ausschussmitglied Schnellrieder fasst zusammen, dass an mehreren Stellen aneinander vorbeigeredet wurde und dass nun ein Konsens gefunden werden müsse.

Ausschussvorsitzender Dreyer verliest die favorisierte Alternative A des Beschlussvorschlages und lässt darüber abstimmen.

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss spricht sich für eine Fortführung des Verfahrens aus; eine Änderung (Verkleinerung) des Plangebiets wird als nicht notwendig erachtet. Als nächster Verfahrensschritt erfolgt somit die erneute Behördenbeteiligung und die öffentliche Auslegung der Unterlagen.

Ausschussmitglied Florin hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 8: Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters

a) Freiflächen Solaranlagen

SGB Maier erinnert daran, dass aktuell eine Potenzialanalyse für das gesamte Gebiet der Samtgemeinde Fintel für Freiflächen Solaranlagen erstellt werde. Diese werde voraussichtlich Ende März fertiggestellt. Aktuell habe es eine Änderung des BauGB bezüglich Freiflächen-Solaranlagen gegeben. § 35 wurde dahingehend erweitert, dass nun Freiflächen-Solaranlagen an wichtigen Verkehrswegen wie Autobahn oder zweigleisige Bahnstrecken in einem Radius von 200 als privilegiertes Vorhaben eingestuft sind. Eine Bauleitplanung mit F- und B-Plan ist dann nicht mehr zwingend notwendig. Allerdings hat ohne eine Bauleitplanung die Kommune dann auch keine Steuerungsmöglichkeiten mehr.

Ausschussmitglied Sablotzke erinnert, dass die Verwaltung nach Möglichkeit das Maximum an Ertrag aus solchen Anlagen ziehen müsse. Auch Ausschussmitglied Schnellrieder ist der Meinung, dass die Kommunen Einfluss nehmen könnten. Dies gelte auch für Windkraftanlagen.

VfA Behrens ist anderer Meinung. Die Gemeinden hätten erst dann Einfluss, wenn eine Bauleitplanung gilt.

TOP 9: Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

a) Schwimmunterricht Fintauschule

Ausschussmitglied Aselmann erkundigt sich, ob der wöchentlich stattfindende Schwimmunterricht der Fintauschule durch die Verwaltung oder der Schule selbst organisiert werde. Ausschussmitglied Schnellrieder erklärt, dass dieser von der Schule organisiert werde, die Verwaltung stelle lediglich den Bus zur Verfügung. Ausschussmitglied Aselmann frage sich, warum für den Unterricht nicht auf das Finteler Freibadpersonal zurückgegriffen werde und möchte diesen Punkt gerne in der nächsten Sitzung des Schulausschusses besprechen.

TOP 10: Einwohnerfragestunde

a) Endausbau Habichtallee

Eine Anwohnerin möchte noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass der Endausbau der Habichtallee vor allem im Bereich der Schule und der Bushaltestelle übersichtlich gestaltet werden müsse, sodass auch die jüngsten Schüler absolut sicher zur Schule und wieder nach Hause kämen.

b) Suedlink Helvesiek

Ein Anwohner erklärt, dass er auf Zeichnungen gesehen habe das die Suedlink Trasse die Gemeinde Helvesiek betreffe und erkundigt sich, ob dies lediglich zur Kenntnis genommen werden oder ob dagegen angegangen werden könne.

FD- Leiter Raatz erklärt, dass die Samtgemeinde hierauf keinen Einfluss habe und die Planung lediglich zur Kenntnis nehmen könne. Dies sei eine Angelegenheit der Gemeinde Helvesiek.

Ausschussmitglied Oetjen erklärt, dass die Suedlink Trasse durchaus im Gemeinderat diskutiert wurde. Generell bedarf es sehr großer Anstrengungen, um die Trasse zu verhindern. Generell würde diese in Helvesiek auch lediglich über landwirtschaftlich genutzte Flächen verlaufen.

Ausschussvorsitzender Dreyer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:55 Uhr.

gez. Claassen
Protokollführerin

gez. Maier
Samtgemeindebürgermeister

gez. Dreyer
Ausschussvorsitzender